

Klimakiller RWE raus aus der Braun-Kohle!

Wir sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und setzen uns ein für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung. Wir wissen, dass die Mehrheit der Bevölkerung darauf angewiesen ist, ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen. Deshalb sind uns die Arbeitsplätze der Beschäftigten in der Kohleindustrie bei RWE ein dringliches Thema.



Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze: Die Uhr tickt

Wir wissen aber auch, dass es mit der Stromerzeugung so nicht weitergehen kann. Die Kohleverstromung heizt das Klima dramatisch an und führt weltweit zu Wetterextremen und der Vernichtung

von menschlichen Existenzen. Der RWE-Braunkohletagebau im Rheinland, einer der größten Treibhausgasemittenten in Europa, trägt entscheidend mit dazu bei. Geht es nach dem Konzernvorstand, soll er noch jahrzehntelang weiter betrieben werden.

Beim Klimakiller-Nr.1 gibt es aber auch Verantwortliche für die Geschäftspolitik, die nicht im Vorstand sitzen. Viele Kommunen aus dem Ruhrgebiet haben Anteile an RWE und schauen meist nur auf die Gewinne, um ihren Anteil daran zu bekommen. Sie haben als Anteilseigner und „Bürgervertreter-Innen“ aber vor allem eine Verantwortung für die Sicherung der Lebensgrundlagen aller Menschen und könnten zumindest durch politische Diskussionen und entsprechender Beschlüsse RWE zu einer Änderung ihrer Unternehmenspolitik drängen.

Uns ist klar, dass die Kommunen RWE nicht zwingen können, den Abbau der Braunkohle zu beenden. Was wir allerdings erwarten, ist, dass die Kommunen nicht nur auf die Rendite schießen, sondern ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Als erstes könnten sie sich für den Erhalt des Restes des Hambacher Waldes einsetzen und damit ein wichtiges Zeichen zu setzen.

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze

Das Gleiche können auch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat oder in den Mitbestimmungsgremien leisten. Sie sind in der besonderen Verantwortung, Perspektiven für Beschäftigung auch nach der Braunkohle zu entwickeln. Das Festhalten an der Förderung

bis 2045 wegen der Arbeitsplätze, ist keine wirkliche Strategie und Perspektive für die Beschäftigten. Letzten Endes dient dies nur RWE, um weiterhin mit dieser zerstörerischen Art der Energieproduktion Gewinne zu scheffeln. Immer wieder wurden vom Unternehmen massiv Arbeitsplätze abgebaut, sowohl in den Kraftwerken wie auch im Braunkohleabbau. Und auch die Fusion mit EON ist kein arbeitnehmerfreundlicher Akt. Es ist an der Zeit, sich Gedanken über eine Zukunft ohne fossile Energiegewinnung zu machen und mit den Beschäftigten offensiv einen „sozial verträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung“, wie es die ver.di Studie vorsieht, durchzusetzen.

Es wird Zeit, dass RWE aus der Verstromung der Kohle aussteigt. Es muss Schluss sein mit der Zerstörung der Lebensgrundlagen unseres Planeten. Wir brauchen eine Wirtschaft, die nicht nach den Interessen der Konzerne nach Gewinnmaximierung funktioniert, sondern in der die sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen.

Internationale Solidarität und Verantwortung



Am heutigen Tag der RWE-Aktionärsversammlung erhebt sich mit Maria Fernanda Herrera auch eine Stimme aus Kolumbien. Sie wird Fragen an den Vorstand richten und dabei schildern, was der Steinkohletagebau im Cerrejon für die dort Lebenden bedeutet. Von Wasserraub, Flussumleitungen und Vertreibungen wird die Rede sein.

Aber auch die Drohungen gegenüber Umweltschützer*innen, Menschenrechtsaktivist*innen kommen zur Sprache. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres wurden in Kolumbien mehr als 20 von ihnen ermordet.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz erklären uns solidarisch mit der afro- und indigenen Bevölkerung und Gewerkschaftern in Kolumbien, die für ihre Rechte kämpfen.